Heft 12-2026 | EUR 9,00 | C 12232

# Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz






Mark Seeger/Marvin Hopp: Klare Kante reicht nicht

Christian Hoßbach: Was könn(t)en Arbeiterkammern?

Beiträge u.a. von Ulrike Eifler, Ingar Solty, Mario Keßler, Torsten Teichert, Heinz Bierbaum/Michael Brie, Alban Werner, Michael R. Krätke, Steffen Lehndorff, C.-J. Göpfert




Die Linke

Forum Gewerkschaften

# It's the Oligarchy, stupid!



Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website www.Sozialismus.de. mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend Unterstützung, also neue Abonnent*innen und Spenden. Beides ist auf der Website möglich. Vielen Dank im voraus!

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

**www.Sozialismus.de**

### Koalitionsverhandlungen in Berlin: Milliardendefizit

Die Linke in Berlin ist seit der Wahl in den Schlagzeilen, wenn auch als Objekt einer unsäglichen Skandalisierung. Trotz der Medienhetze werden die Koalitionsverhandlungen in Berlin fortgesetzt. Die nächste Hürde für Rot-Grün-Rot ist die Einigung über die Finanzierung. Nach einem Kassensturz, der eine Analyse des Haushaltsdefizits umfasst, muss über die Konsequenzen für den kommenden Haushalt beraten werden. [...]

### Hubertus Heil und die erschöpfte SPD

Der langjährige Parteifunktionär hat seine Kandidatur für den Parteivorsitz angekündet. Er forderte, die SPD benötige ein »stärkeres Team«. Allerdings hat er stets die Mehrheitslinie repräsentiert und steht nicht für einen Aufbruch oder Neuanfang. [...]

### Fünftes Plenum der KP Chinas

Die veröffentlichten Ergebnisse der Plenartagung des Zentralkommitees enthalten eine lange Liste von personellen Veränderungen. Das Plenum bestätigte den Ausschluss von dutzenden hohen KP-Funktionären wegen Korruption. [...]

# Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

**www.Sozialismus.de**

Heft Nr. 12 | Dezember 2026 | 53. Jahrgang | Heft Nr. 522

## Weichenstellungen, Bewegungen, Unbeweglichkeit

Redaktion Sozialismus.de: Lehrbeispiel für »Aktionärsdemokratie« ..... 2

Ingar Solty: Trumps Kapitalismus und Sanders' Kinder
Bilanz der US-Zwischenwahl 2026 ..... 4

Mario Keßler: Die USA in Bewegung
Trumps erodierende Welt und unsere Pflicht zur Hoffnung ..... 11

Joachim Bischoff: Antifaschistische Wirtschaftspolitik
Über die politische Bedeutung der Bezahlbarkeit des Alltagslebens ..... 16

Bernhard Sander: Frankreich: »Systemrevolution« oder »Causes communs« ... 21

Björn Radke: COP31: Mehr Schatten als Licht ..... 27

## Krise der Berliner Republik?

Bernhard Müller: Wohlstandsverluste und die Zerstörung der Demokratie ..... 30

Torsten Teichert: Die verborgenen 198 Milliarden
Oder: Weiß eigentlich noch jemand, wieviel die Bundesregierung ausgibt? ..... 36

## Wiedergeborene Partei Die Linke?

Heinz Bierbaum/Michael Brie: Die Linke als hegemoniefähige Partei? ..... 39

Alban Werner: Wachsende Zweifel an der Ernsthaftigkeit der wiedergeborenen Linken. Eine Auseinandersetzung anhand Nordrhein-Westfalens ..... 42

## Forum Gewerkschaften

Mark Seeger/Marvin Hopp: Klare Kante reicht nicht. Gegen den Rechtsruck braucht es eine Erneuerung gewerkschaftlicher Betriebspolitik ..... 47

Christian Hoßbach: Was könn(t)en Arbeitskammern? ..... 51

## Engagiertes Theater

Claus-Jürgen Göpfert: »Was ist das, was in uns lügt, mordet und stiehlt?«
Spielvogel erzählt von den offenen Wunden der bürgerlichen Gesellschaft ..... 55

## Rückblicke

Michael R. Krätke: Das Feuer weitergetragen
Erinnerung an Michael Buckmiller ..... 58

Steffen Lehndorf: New Deal – Regierungspolitik und
soziale Bewegungen Hand in Hand ..... 61

## Buchbesprechung

Ulrike Eifler: Die Frage ist nicht, ob die alte Welt stirbt, sondern wie die neue aussieht. Zum neuen Buch von Peter Mertens ..... 64

## Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum ..... 67
Veranstaltungshinweise ..... 68
Hasko Hüning: Heimsuchung – eine Jahrhundertgeschichte (Filmkritik) ..... 69

## Supplement

Heinz Bierbaum/Reiner Braun (Hrsg.)
**Frieden in Europa! Eine Aufforderung zum Dialog mit Russland**

# Antifaschistische Wirtschaftspolitik

**Über die politische Bedeutung der Bezahlbarkeit des Alltagslebens**

**von ■ Joachim Bischoff**

Finanzielle und wirtschaftliche Sorgen begründen 2026 die größten Ängste der Deutschen und sie sind seit dem vergangenen Jahr deutlich angestiegen. In nahezu allen Altersgruppen sind steigende Lebenshaltungskosten die größte Sorge der Befragten. Insgesamt fürchten 59%, dass das tägliche Leben weiter teurer wird, 51% sorgen sich um die wirtschaftliche Entwicklung.[1] Gestiegene Lebenshaltungskosten und geopolitische Unsicherheit haben die deutschen Verbraucher*innen in den vergangenen Jahren intensiv beschäftigt. Doch hinter der neuen Sparsamkeit steckt inzwischen mehr als eine Reaktion auf wirtschaftlich schwierige Zeiten. Viele Konsument*innen haben gelernt, ihre Ausgaben gezielter zu steuern, Alternativen zu vergleichen und ihren Konsum zu optimieren, ohne dabei zwangsläufig auf Lebensqualität zu verzichten.[2]

Sowohl bei den letzten Landtagswahlen als auch bei der letzten Bundestagswahl nannten viele Wähler*innen der »Alternative für Deutschland« (AfD) wirtschaftliche Sorgen und die Ohnmacht der aktuellen Politik als entscheidenden Grund für ihre Wahlentscheidung – ein Befund, den Studien zum Zusammenhang von Sparpolitik, Einkommensungleichheit und Wahlerfolg der »Rechten« stützen.




Sozialismus.de-Cartoon. KI generiert

## Bezahlbarkeit des Alltagslebens macht den Menschen zu schaffen

Die liberale Demokratie löst ihr Wohlstandsversprechen nicht mehr ein. Wenn Menschen das Gefühl haben, ihren Alltag auch finanziell nicht mehr zu schaffen, entsteht daraus große Frustration und eine enorme Wut. Was Anfang Oktober als Schülerproteste gegen marode Schulen begann, hat sich in verschiedenen europäischen Gesellschaften zu landesweiten Massenprotesten gegen die explodierenden Lebenshaltungskosten ausgeweitet. Auch in Deutschland werden aktuell steigende Preise, Inflation und Lebenshaltungskosten als wichtigste Probleme benannt, gefolgt von der wirtschaftlichen Lage, Sicherheit und Verteidigung und der Einwanderung. Das Thema Einwanderung ist damit in der allgemeinen Bewertung innerhalb eines Jahres um 16 Prozentpunkte gesunken.

Die steigenden Lebenshaltungskosten machen den Bürger*innen mehrheitlich erheblich zu schaffen und senken auch ihr Vertrauen in die Politik und den wirtschaftlichen Wohlstand. Insgesamt ist in den letzten Jahrzehnten das Haushaltsnettoeinkommen und die Zufriedenheit gestiegen, auch wenn die Einkommensungleichheit zugelegt hat.[3] Während die Einkommen in der Mitte der Verteilung um ein Viertel zunahmen und am unteren Ende stagnierten, betrug der Anstieg der sehr hohen Einkommen bis zu fünfzig Prozent.[4] Der Anteil der Menschen, die Geld sparen, ist derweil deutlich gewachsen; von 57% im Jahr 2005 auf 72% im Jahr 2025. Gleichzeitig leben auch wie in den Vorjahren etwa 17% der Bevölkerung mit Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle, viele von diesen sind nicht oder nur im geringen Umfang erwerbstätig.

Das reichste Zehntel legte real um 58% zu, das ärmste Zehntel hatte 2021 real kein höheres Einkommen als 1995. Sie sind weiter vom gesellschaftlichen Durchschnitt entfernt als vor 20 Jahren. Für Teilhabe und das Gefühl, mitzukommen, ist dieser Abstand mindestens so wichtig wie die absolute Kaufkraft.

Über die letzten fünf Jahre ist der Lebensstandard für viele Menschen kaum oder gar nicht gestiegen, für manche ist er gesunken. Die Preise liegen heute gut ein Viertel über dem Niveau von 2020, die Reallöhne lagen 2025 aber noch immer unter denen von 2019. Die Inflation war und bleibt höchst unsozial. Sie trifft die verletzlichsten Gruppen unserer Gesellschaft viel stärker als andere.[5]

Diese aktuellen Formen der Ungleichheit sind der Nährboden für die politischen Konjunkturen der rechten und nationalistisch-völkischen Bewegungen. Dabei steht außer Frage, dass diese Kräfte am rechten Rand keine Konzeption der Zurückdrängung oder gar Aufhebung dieser sozialen Ungleichheit verfolgen. Im Gegenteil, ihre Interventionen laufen auf eine Verschärfung der Ungleichheit hinaus.

»Indem der Neoliberalismus das Leben der Menschen bestenfalls als nachrangig behandelt, schafft er einen unerträglichen Status quo und ebnet ein weiteres Mal dem Faschismus den Weg [...] Solange die extreme Rechte auf Visionen von einer anderen Zukunft ein Monopol zu haben scheint, werden die Leute sich ihr in die Arme werfen. Aber während Trumps Leute ›Make life great again‹ predigen, bereiten sie systematisch eine neuerliche Umverteilung von der breiten Mehrheit hin zu einer Handvoll Oligarchen vor. Sie appellieren an die Verzweiflung der Menschen, um die eigene Macht zu vergrößern, aber sie nutzen diese Macht nur dazu, sich selbst und ihre Günstlinge zu bereichern, während sie weiter Öl in das Feuer eines brennenden Planeten gießen.«[6]

Auch die AfD-Politik weist diese Janusköpfigkeit auf: Die rechtsextreme Partei behauptet eine nationalistisch-völkische Alternative zu der Politik der etablierten Parteien und deren Vertretung von überlebten Klasseninteressen verwirklichen zu wollen, und würde im Falle der Regierungsübernahme entgegen ihrer Programmatik die überlieferte soziale Spaltung vertiefen. DIW-Chef Fratzscher weist nach, dass die AfD einerseits Menschen mit geringeren Einkommen umwirbt, andererseits aber Steuersenkungen für Spitzenverdiener und den Abbau von Sozialleistungen fordert, wodurch gerade ihre eigene Wählerschaft benachteiligt würde. »Keine andere Partei verfolgt eine so neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik wie die AfD. Sie spricht sich bei fast allen Fragen für Steuersenkungen für Spitzenverdienende und Unternehmen aus und will gleichzeitig die Rolle des Staates massiv beschneiden. Sie vertraut der Rolle des Marktes, und sie misstraut dem Staat und seiner Wirtschaftskompetenz. Auf Bundesebene fordert sie beispielsweise die Abschaffung des Solidaritätszuschlags – der lediglich von den sieben Prozent der Spitzenverdienenden gezahlt wird –, und sie lehnt eine Steuer auf hohe Vermögen ebenso ab wie eine Besteuerung des Flugverkehrs oder den Anstieg des CO2-Preises. Und sie fordert für Bund und Länder die Einhaltung der Schuldenbremse. Diese Politik bedeutet eine Umverteilung von Arm zu Reich und würde somit vor allem AfD-Wähler*innen stärker belasten – mehr als die aller anderen Parteien.«[7]

Auch für Sachsen-Anhalt lässt sich das Paradox der Rechtspartei nachweisen: Die Partei thematisiert die reale soziale Unsicherheit, ihre Politik würde aber viele Ursachen dieser Unsicherheit verschärfen. Sie verspricht Sicherheit, aber schwächt Demokratie und demokratische Institutionen. Sie kritisiert Überforderung von Wirtschaft und Menschen, blockiert aber Fachkräftezuwanderung und will Menschen im großen Stil abschieben, wohlwissend,

*Joachim Bischoff* ist Mitherausgeber von Sozialismus.de.

[1] So die aktuelle R+V-Studie »Die Ängste der Deutschen 2026«.
[2] Egbert Wege/Anna Krug, Konsumoptimierung statt Konsumkrise – das neue Verbraucherverhalten der Deutschen, Economic Consumer Outlook 2026/2027; www.deloitte.com/de/de/Industries/consumer/about.html.
[3] Vgl. dazu Dorothee Spannagel/Claus Schäfer, Ungleiches Deutschland: Löhne und Einkommen seit 1992, WSI-Report 117, November 2026.
[4] Vgl. dazu Markus M. Grabka, Reale Haushaltseinkommen und Zufriedenheit steigen, Anteil Sparer*innen wächst, DIW Wochenbericht 47/2026, S. 724.
[5] Marcel Fratzscher, Diese Wut kann auch in Deutschland ausbrechen, Blog Marcel Fratzscher vom 26. Oktober 2026.
[6] Isabella Weber, Wirtschaftspolitik gegen den Faschismus, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2026, S. 57.
[7] Marcel Fratscher, Das AfD-Paradox und die politische Nähe zu anderen Parteien: Die meisten Überschneidungen gibt es mit der Union, in: DIW Wochenbericht 89, September 2023, S. 3.

dass diese Politik auch viele deutsche Bürger*innen sowie Unternehmen aus dem Land drängen würde.

Die Bekämpfung dieser Paradoxie oder Janusköpfigkeit der modernen Rechtspartei AfD erfordert nicht nur eine entschiedene Aufklärung, sondern wir müssen die politische Substanz dieser völkischen Partei attackieren. Zurecht fordert Isabella Weber: »Wir brauchen eine neue Vision von einer Wirtschaft, die wirklich die Würde aller im Blick hat – eine echte Alternative sowohl zu den trügerischen Verheißungen der extremen Rechten als auch zum profitfundamentalistischen Status quo. Der rechtsextremen Utopie von Auswegen für eine privilegierte Minderheit müssen wir die Vision von einem lebenswerten Dasein für alle entgegensetzen. Dabei konzentriere ich mich hier auf Bezahlbarkeit der Dinge des alltäglichen Bedarfs als Voraussetzung eines würdevollen Lebens. Doch eine Utopie ist wenig wert, solange wir den Weg zu ihrer Verwirklichung nicht kennen. Wir brauchen sowohl eine Vision als auch klare erste Schritte. Der naheliegende Ausgangspunkt, um das Leben für alle bezahlbar zu machen, ist die Sicherung des Zugangs zu den essenziellen Gütern wie Nahrung, Energie, Wohnraum, Mobilität, Kommunikation und alle unverzichtbaren Formen der Care-Arbeit. Das gilt für alle Ebenen, von der lokalen bis zur globalen. Indem wir uns ein Bild von den essenziellen Gütern und den sie tragenden Schichten machen, entwerfen wir eine konkrete Vision von einer Wirtschaft, die für die Menschen da ist. So eine Vision kann genau die Alternative zum Neoliberalismus sein, die wir brauchen – und die der extremen Rechten ihr Alleinstellungsmerkmal als Systemgegner streitig macht.«[8]

## Politik der essenziellen Güter

Weber plädiert dafür, die essenziellen Güter als Ausgangspunkt einer linken Strategie zu nehmen. Wenn die Wirtschaft der gegenwärtigen kapitalistischen Hauptländer in der Analyse einem Stresstest unterzogen wird, dann kann man feststellen, welche Sektoren und Preise Einfallstore für eine Inflation der Verbraucherpreise darstellen. Man erhält gleichsam einen Wegweiser, der für die Bezahlbarkeit von Gütern und Dienstleistungen sowie für die wirtschaftliche Resilienz des Reproduktionssystems ausschlaggebend sind. »Mit Abstand am wichtigsten für die Haushalte sind Wohnen, Ernährung, Versorgungstarife und fossile Brennstoffe. Die Inflationswirkung von Erdöl- und Kohleprodukten war in all unseren Simulationen durchweg am größten – doppelt so groß wie die des nächstwichtigen Sektors. Das beweist eindrücklich, dass die Krise der Bezahlbarkeit von lebensnotwendigen Gütern grundlegend mit der Abhängigkeit unserer Produktionssysteme von fossilen Brennstoffen zusammenhängt, wie der Schock infolge des Irankriegs noch einmal verdeutlicht hat. Deshalb kann eine ökologische Transformation, wenn sie richtig umgesetzt wird, einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Bezahlbarkeit leisten.«[9]

Wo die aktuelle Politik der rechtspopulistischen Parteien lediglich Sündenböcke präsentiert und die Einbindung dieser Strategie in die politischen Konzeptionen der herrschenden Klassen und oligarchischen Machtverhältnissen verschleiert, schafft ein Programm, das auf die Bezahlbarkeit des Alltagsleben abzielt auf Basis der Gemeinsamkeit der Bedürfnisse Zusammenhalt. »Strategische Preiseingriffe, Regulierung und staatliche Optionen für die Bereitstellung essenzieller Güter wirken wie eine Versicherung für die Demokratie: Sie liefern den alltäglichen Beweis dafür, dass ein demokratisch regierter Staat handlungsfähig ist und das Leben der Menschen verbessern kann. In einer Zeit, in der das Vertrauen in die Demokratie schwindet, sind sie ein wirksames Mittel gegen jene Verzweiflung, die den Nährboden für den Faschismus liefert, und stellen erste Schritte in Richtung einer Alternative dar. Die Frage lautet also nicht, ob demokratisch regierte Staaten es sich leisten können, den Zugang zu den essenziellen Gütern zu garantieren – vielmehr können sie es sich nicht leisten, es nicht zu tun. Aber das politische Argument muss mit wirtschaftspolitischen Ansätzen untermauert werden, wie sich diese Garantie in der Praxis umsetzen lässt.«[10]

## Der Demokratie neues Leben (Vertrauen) einhauchen

Keine Frage, mit solch einem Politikansatz, der auf die Bezahlbarkeit des Alltagslebens zielt, konnten Zoran Mamdani in New York, Claudia Sheinbaum in Mexiko, die demokratische Partei in den Midterm-Wahlen der USA, aber auch Elif Eralp für die Linkspartei in Berlin eine Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse auslösen. Die politische Absicherung universeller essenzieller Güter vereint die Menschen rund um ihre Grundbedürfnisse, »anstatt in ihnen lediglich Individuen zu sehen, die vereinzelt ihren jeweils eigenen Vorlieben frönen. Während die Faschisten uns spalten und jede Identitätsdifferenz, die sie finden können, instrumentalisieren, schafft der Zusammenschluss um gemeinsame Bedürfnisse und geteilte Würde jene Einheit, mit der wir Oligarchie und Demagogie die Stirn bieten können.«[11]

Diese Politik der Sicherung der Bezahlbarkeit des Alltagslebens ist als Einstieg in eine Strategie der progressiven, linken Bewegungen und Kräfte gedacht. Weber plädiert nicht dafür, »dass wir bei der Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik auf die Bedürfnisse der gewöhnlichen Leute bei diesen Grundlagen stehenbleiben sollten«.[12] Diese Betonung auf die elementaren Bedürfnisse markiert den Ausgangspunkt.

Wirtschaftliche und soziale Sicherheit zielt darauf, dass die essenziellen Güter verlässlich und zu stabilen und erschwinglichen Preisen bereitgestellt werden. Dafür reicht es nicht aus, nur den Endverbrauch in den Blick zu nehmen. Die meisten Menschen beispielsweise blenden, wenn sie an Bezahlbarkeit denken, die Kosten der Logistik und ihrer Einkommensseite aus. »Eine Politik zur Sicherung der Bezahlbarkeit muss über die reine Preisregulierung hinausgehen. Ihr stehen verschiedene Strategien zur Verfügung, um einen stabilen und ausreichenden Nachschub sicherzustellen.«[13]

Dem ersten Schritt kann eine Einbindung in eine gesellschaftspolitische Konzeption folgen. Beispielsweise werden im Wohnungssektor Mietenstopps kurzfristige Entlastung bringen, müs-

sen aber von Maßnahmen begleitet werden, die sicherstellen, dass bezahlbarer Wohnraum gebaut, leerstehender Wohnraum vermietet und die Nachfrage durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie anderer Infrastruktur in bislang weniger attraktive Gebiete umgelenkt wird.

Isabella Weber hat in diesem Sinne zusammen mit Tom Krebs[14] ein Projekt vorgeschlagen: Einen Fair New Deal für Deutschland. Ausgehend von einer lange umstrittenen Strompreisgarantie zielt der Vorschlag auf eine Stärkung der Wachstumspotenziale der Wirtschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. »Um den Dreiklang aus Wohlstand, Klimaschutz und Gerechtigkeit zu erreichen, braucht es unter anderem ein weiteres Element – faire Löhne und Gehälter für alle der rund 42 Mio. abhängig Beschäftigten. Faire Löhne sind neben dem Gerechtigkeitsaspekt auch entscheidend für eine Stärkung der Binnennachfrage, die in Zeiten von geopolitischer Fragmentierung und Handelskriegen ein wichtiger Wachstumsmotor ist. […] Faire Löhne fallen nicht vom Himmel, sondern sie müssen durch entsprechende wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gewährleistet werden.«[15] In den Jahrzehnten des Neoliberalismus ist die Produktivität dreimal so stark gewachsen wie das Medianeinkommen der Beschäftigten. Mit anderen Worten: Die Wertschöpfung pro Arbeitsstunde nahm stetig zu, aber immer weniger davon kam bei den Beschäftigten an.

Es geht nicht nur um die Einbindung der Politik der Sicherung des Alltagslebens in eine umfassendere Wirtschaftskonzeption der Erneuerung und Stärkung der nationalen Ökonomie, sondern dieser Ansatz hebt auf eine schrittweise, pragmatische Erweiterung ab. »Insgesamt jedoch steht antifaschistische Wirtschaftspolitik nicht für die eine Strategie oder den einen Masterplan, sondern für eine Richtung und eine Methodik. Die Richtung zielt auf eine Wirtschaft ab, die sich an den materiellen Notwendigkeiten und der Würde aller orientiert. Die Methodik ist die des schrittweisen Vorgehens, indem wir uns zuerst den Schlachten widmen, die wir gewinnen können, und den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, von denen wir wissen, dass sie funktionieren, um Fortschritte zu erzielen, die im Alltag der Menschen sichtbar werden, und dann jeden Erfolg nutzen, um politische Dynamik zu erzeugen und die institutionellen Voraussetzungen für tiefgreifendere Veränderungen zu schaffen. Dem faschistischen Angebot von Hierarchie, Sündenböcken und der Verheißung, ein ›starker Mann‹ werde eine mythische Vergangenheit wiederherstellen, setzt die antifaschistische Wirtschaftspolitik die langsame, umkämpfte und niemals abgeschlossene Arbeit des Aufbaus einer Wirtschaft entgegen.«[16]

## Rechtspopulismus und Faschismus

Weber schließt sich dem Urteil von Roosevelt aus dem Jahr 1938 an: Faschismus sei das, was geschehe, wenn die private Macht jene des demokratischen Staates übersteige.[17] Sie wertet die realexistierenden Angriffe und Verletzungen der essenziellen Güter durch die Politik der Oligarchen als Vorboten des Faschismus. »Wirtschaftliche Unsicherheit, Inflation und Austerität sind nicht nur technische Fehler in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Sie erzeugen, wie dieses Buch zeigt, den politischen Nährboden für ein Erstarken des Faschismus.«[18]

Angesichts dieser Zuspitzung sieht sich Weber der Aufgabe verpflichtet, »Gegenkräfte aufzubauen, die Demokratie zu verteidigen und den Staat zurückzuerobern«.[19] Der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die Unterordnung der demokratischen Staaten unter das ausgelöste Chaos sind in ihren Augen schon weit fortgeschritten, wie man an der Politik von Präsident Trump sehen kann. Unverhohlener Machteinsatz sei die Methode.[20] Die Reichen und Mächtigen können das angerichtete Chaos für sich nutzen. Die Wähler*innen von Trump werden mit MAGA-Rhetorik, FakeNews und zusammengestrichenen Unterstützungsprogrammen abgespeist. »Der Schutz von Arbeitnehmerrechten, Löhnen und wirtschaftlicher Sicherheit wird ausgehöhlt, und das Leben wird mehr und mehr unbezahlbar.«[21] Die Kehrseite dieser Umverteilungspolitik ist das Wachstum der Reichen. »Die heutigen Oligarchen besitzen sehr viel mehr Reichtum und Macht als jene des Gilded Age.«[22]

Die Oligarchen in Verknüpfung mit ihren Großunternehmen sind bereit, »sich der kulturellen und politischen Hinwendung zur extremen Rechten anzuschließen und sich in einigen Fällen sogar an die Spitze der Bewegungen zusetzen. Dazu wollen sie zentrale Bestandteile des Staates in ihre hierarchischen Königreiche integrieren, während sie von der Deregulierung profitieren dürften. Diese Entwicklung ist keineswegs auf die Vereinigten Staaten beschränkt.«[23]

Dieses Zusammenwachsen von Großunternehmen und den oligarchischen Machteliten, neuerdings verstärkt durch die Hochkonjunktur der Technikgiganten (künstliche Intelligenz), wird verschärft durch die Kriege (Ukraine-Russland, die Allianz USA und Israel gegen Iran), die nicht nur größere Auswirkungen auf die Preisentwicklung der essenziellen Güter und Dienstleistungen haben, sondern auch eine umfassende Militarisierung der Gesellschaften bewirken. »Europäische Staaten erhöhen ihre Militärausgaben in atemberaubendem Tempo, während sie in allen anderen Bereichen eine strenge Sparpolitik verfolgen. Dieser toxischen Spirale aus Aufrüstung und Sparpolitik muss dringend Einhalt geboten werden, wenn Frieden und Demokratie eine Chance haben sollen.«[24]

[8] Isabelle Weber, Wirtschaftspolitik gegen den Faschismus, a.a.O., S. 57.
[9] Ebd., S. 61.
[10] Ebd., S. 58.
[11] Ebd.
[12] Ebd., S. 60.
[13] Ebd., S. 61.
[14] Tom Krebs/Isabella Weber. Ein Fair New Deal für Deutschland, Wirtschaftsdienst Heft 1/2025, S. 39ff.
[15] Ebd., S. 41.
[16] Isabelle Weber, Wirtschaftspolitik gegen den Faschismus, a.a.O., S.66.
[17] Isabella Weber, Antifaschistische Wirtschaftspolitik, Berlin 2026, S. 268.
[18] Ebd., S. 301.
[19] Ebd., S. 303.
[20] Vgl. dazu ebd., S. 267.
[21] Ebd., S. 267.
[22] Ebd., S. 268.
[23] Ebd., S. 161.
[24] Ebd., S. 317.

Weber thematisiert die Parallelität von der Zerstörung der Demokratie und der politischen Konjunktur der »Faschismen« in den 1920er-Jahren und der Gegenwart. Sie betont: »Die Beziehung zwischen Staat und Großunternehmen in den Vereinigten Staaten unterscheidet sich von der faschistischen Kriegswirtschaft.«[25] Zugespitzt: »Trump ist nicht Hitler«.[26] Gleichwohl bleibt die Abgrenzung zwischen dem Faschismus der 1920er-Jahre und der heutigen rechtsextremen Bewegungen und Parteien eigentümlich offen.

Zum einen ist ihre These: »Heute erfährt der Faschismus in neuen Formen ein Comeback.«[27] Sie unterstreicht die Gefahr, die von den rechten Parteien für eine Transformation des demokratischen Kapitalismus mit seiner demokratischen Willensbildung ausgeht. Die Alternative für Deutschland habe es in landesweiten Umfragen zur populärsten Partei gebracht.[28] Die Verhinderung einer Wiederkehr des Faschismus müsse daher auch zu den Fragen und Themen der ökonomischen Wissenschaft gehören.

Auf der anderen Seite spricht sie von einer Radikalisierung bei der extremen Rechten: »Die extreme Rechte der Gegenwart versucht etwas zu verwirklichen, das man als Bastard-Neoliberalismus bezeichnen könnte: Deregulierung, Steuersenkungen und Zerschlagung der staatlichen Handlungsfähigkeit im Inland wird mit einem neuen Imperialismus im Ausland verbunden […] Die extreme Rechte bezieht ihre intellektuelle Inspiration von den Gründungsvätern des Neoliberalismus und ergänzt deren Ideologie durch eigene Vorstellungen von Genetik, Ethnie und strengen Einwanderungsbeschränkungen. Das Resultat ist eine Politik, die das westliche Kapital vor ausländischer Konkurrenz schützt und daheim von demokratischen Fesseln befreit.«[29]

Die Unterscheidung zwischen faschistischen Bewegungen im 20. Jahrhundert und den nationalistisch-völkischen Parteien der politischen Rechten bleibt bei Weber nebulös. Der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze beharrt in einem Diskussionsbeitrag über Ökonomie des Faschismus damals und heute[30] auf einer deutlichen Unterscheidung. Auch Tooze unterstreicht, dass die radikale Rechte eine ernsthafte Bedrohung und Gefahr darstellt. Betrachtet man den ursprünglichen Faschismus mit den heutigen Formen und ideologischen Ausprägungen kommt er zu der Einschätzung: Nichts davon findet eine Entsprechung in der heutigen rechtsradikalen Szene Europa und insbesondere der AfD.[31]

»Niemand der bei klarem Verstand ist, würde diese Partei nur deshalb wählen, weil sie Probleme der Ungleichheit, der Unterbeschäftigung oder der Lebenshaltungskosten anzugehen vorgibt.«[32] Auch bei dem Rassismus dieser Partei oder ihrer Kulturpolitik könne die AfD nicht als Erbin der NSDAP durchgehen. Die gegenwärtigen Parteien der extremen Rechten fokussierten sich auf Migration, insbesondere auf die Zuwanderung von Muslimen. Und insbesondere die Migration und die Veränderung der Gesamtbevölkerungen sei ein folgenreicher historischer Prozess gewesen, der einen immensen Verlust an Glaubwürdigkeit und Legitimität ausgelöst habe. Tooze trifft sich in diesem Punkt mit Weber: »Die erste Aufgabe einer progressiven, demokratischen Politik muss daher darin bestehen, das Vertrauen wieder herzustellen.«

## Bretton Woods und Polanyis' Great Transformation

Weber stützt sich bei ihrer Konzeption von antifaschistischer Wirtschaftspolitik mehr auf die Transformationsideen der progressiven Ökonomen der Nachkriegsjahre. Als in Bretton Woods 1944 von 44 Staaten eine neues internationales Wirtschafts-, Währungs- und Finanzsystem verabredet werden sollte, setzten sich die progressiven Ökonomen für die Verwirklichung einer dezidiert antifaschistischen Vision ein. Die Weltordnung müsse sich auf die Bedürfnisse, Güter und Dienstleistungen der gewöhnlichen Leute stützen. Polanyi, Lederer, Loewe u.a. plädierten für einen Bruch mit der neoliberalen Konzeption.

Eine öffentlich finanzierte Versorgung für die Existenzsicherung mit essenziellen Gütern wie Wohnraum, Lebensmitteln, Gesundheit und Kommunikation war für die Erneuerung der Kapitalherrschaft bedrohlicher als Transferleistungen. Daher ging diese Systemauseinandersetzung verloren und die Vertreter des Kapitals konnten sich durchsetzen. Der McCarthyismus setzte außerdem der intellektuellen Offenheit der Nachkriegsjahre ein Ende. »Die Vision einer Wirtschaft, die einer befriedigenden Lebensführung dient, ging verloren und wir haben noch heute mit den Folgen zu tun.«[33]

Die vermeintlich sich selbst regulierende Marktwirtschaft stützt sich darauf, dass es sich bei Lohnarbeit, Boden und Rente, sowie Geld und Kapital und Zins um gewöhnliche Waren handelt. Polanyi[34] enthüllt das Missverständnis von diesen fiktiven Waren. Allerdings ist die Dekommodifizierung bislang immer daran gescheitert, dass deren Modus der Verdinglichung und Mystifikation nicht durchschaut werden konnte. Weber schließt an diese Kontroverse und das anschließende Rollback an. Auch für Weber gibt es nur die klare Alternative: Entweder rettet demokratischer Sozialismus Freiheit und Demokratie oder der Faschismus zerschlägt die Demokratie, schafft individuelle Rechte und Freiheiten ab, und gestaltet Staat und Gesellschaft auf Grundlage einer vermeintlich natürlichen Ungleichheit der Menschen neu.[35]

[25] Ebd., S. 263.
[26] Ebd.
[27] Ebd., S. 81.
[28] Ebd., S. 31.
[29] Ebd., S. 260f.
[30] Tooze, Ökonomie des Faschismus – damals und heute, in Surplus, Oktober 2026.
[31] Ebd.
[32] Ebd.
[33] Weber, Antifaschistische Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 87.
[34] Siehe dazu: Joachim Bischoff/Christoph Lieber, Die »große Transformation« des 21. Jahrhunderts. Politische Ökonomie des Überflusses vs. Marktversagen, Hamburg 2013.
[35] Vgl. Weber, Antifaschistische Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 43.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie ❒ Russland ❒ Streik ❒ Luxemburg

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte Buchprämie ❒ Russland ❒ Streik ❒ Luxemburg

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

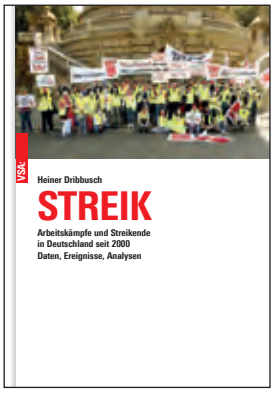
Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!







Mehr zum Verlagsprogramm:
**www.vsa-verlag.de**